

## **Trotzki, Cohn und Breslau von Arthur Rosenberg**

Genossen Matrosen! Ich appelliere an Euch alle, über die Lage nachzudenken, die jetzt bei uns im Lande entstanden ist. Wenn wir Kasan erobern, werden wir dadurch die feindliche Front brechen... Das schwache englisch-französische Landungskorps wird uns keine Furcht mehr einflößen... Genossen Matrosen! Reißt Euch zusammen! Schmeißt die Miesmacher hinaus, wenn solche unter Euch vorhanden sind. Fegt alle Schlamperei, Schlappeheit und Saumseligkeit hinweg. Alles muß auf militärischen Fuß gestellt werden. Keine Minute ist zu verlieren. Kein Fußbreit Land ist herzugeben... Wer nicht riskiert, der gewinnt niemals. Ich drücke Euch die Hand, Genossen Matrosen.

So sprach Leo Trotzki 1918 zu den Matrosen der Wolga-Flotte; unter der Losung: „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr.“ (Leo Trotzki, Die Geburt der Roten Armee, Wien 1924.) Leo Trotzki ist der Schöpfer der Roten Armee. Unter seiner Führung haben Rußlands Arbeiter und Bauern die feindliche Welt zurückgeschlagen. Wenn unsre rechtsstehende Studentenschaft wirklich die „nationale Revolution“ wollte, so müßte sie diesen Trotzki bewundern. Aber jetzt soll Professor Cohn von der Universität Breslau weggehetzt werden, weil er in einer sehr vorsichtigen, sehr verklausulierten Erklärung ein Asylrecht für Trotzki nicht unbedingt verweigerte!

Der ursprüngliche Sturm der rechtsstehenden Studentenschaft gegen Professor Cohn brachte eine neue Note in die Reihe der Universitätskrawalle, die wir in den letzten Jahren erlebten. Bei den frühern Fällen, Dehn, Gumbel etcetera,

hatte man wenigstens den Schein einer sachlichen Beschwerde. Gegen Professor Cohn lag weiter nichts vor als sein Name. Und doch hatte in der guten, alten Hohenzollernzeit ein anderer Professor Cohn eine höchst ehrenvolle, langjährige Wirksamkeit an der gleichen breslauer Universität gehabt. Es war Hermann Cohn, der bekannte breslauer Augenarzt, der Vater Emil Ludwigs. Auch sonst sind unsre „nationalen“ Parteien gegen den Namen Cohn nicht so empfindlich, wenn sie einen „Cohn“ brauchen. Bei der Reichstagswahl 1912 stand im Kreise Nordhausen, der alten liberalen Hochburg, der Sozialdemokrat Oscar Cohn in der Stichwahl dem Fortschrittler gegenüber. Die Konservativen und Antisemiten wollten damals der Fortschrittspartei einen Streich spielen, und sie verhalten dem Marxisten, der dazu noch Cohn hieß, zum Sieg. Die Kriegervereine im Kreis Nordhausen sollen damals für die Sache Cohn mobilisiert worden sein. Man soll sogar einem Verein ein neues Fahnenband versprochen haben, wenn Cohn siege. Ein Witzblatt hat 1912 die nordhausener Situation mit den Versen charakterisiert:

Vorwärts für Cohn und Vaterland!  
Ohne Cohn kein Fahnenband!

In Wirklichkeit ist der Fall Cohn-Breslau genau so zu bewerten wie der Fall Dehn-Halle. Es handelt sich im Grunde gar nicht um Namen und Rasse sondern um den Machtanspruch der feudal-großkapitalistischen Reaktion. Sie will die Alleinherrschaft auf den deutschen Hochschulen, sie will jeden mundtot machen, der sich ihr widersetzt. Dabei bedient man sich der nationalsozialistischen Studenten als Vorhut, und man opfert auf einmal einen unpolitischen Dozenten jüdischer Abstammung im höhern Interesse, um die einheitliche „Harzburger“ Stimmung an den Universitäten zu bewahren.

Der breslauer Senat hat ursprünglich Professor Cohn gedeckt, als man ihn, nur seines Namens wegen, beschimpfte und bedrohte. Dann nahm der Senat plötzlich das Trotzki-Interview zum Anlaß, um Cohn preiszugeben. Dafür gibt es nur eine Erklärung: Maßgebende breslauer Senatoren müssen von Anfang an zwar nicht die nationalsozialistischen Methoden im Einzelnen, aber doch die allgemeine universitätspolitische Tendenz der demonstrierenden Studenten, gebilligt haben. Dann haben diese Senatoren den ersten Vorwand ergriffen, um selbst demonstrativ mit der rechtsstehenden Studentenschaft Frieden zu schließen.

In der Erklärung des breslauer Senats heißt es unter anderem:

Es wäre eine selbstverständliche Pflicht des Professors Cohn gewesen, unter den besonderen Verhältnissen unserer Universität alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen konnte. Leider hat Professor Cohn diese pflichtgemäße Zurückhaltung durch sein unnötiges Hervortreten in einer politischen Frage vermissen lassen.

Man achte darauf, wie hier der Begriff „Pflicht“ verwendet wird. In den deutschen Universitätsstatuten heißt es gewöhnlich: „Die Lehrer der Universität sind verpflichtet, die Universität und ihre Aufgaben nach Kräften zu fördern.“ Der

breslauer Senat hat nun willkürlich für Professor Cohn eine besondere „Pflicht“ konstruiert, konstatiert dann, daß er diese „Pflicht“ verletzt habe und stellt ihn damit als einen seine Pflicht vergessenden, demnach untragbaren, Universitätsdozenten hin. Ähnliche Tendenzen sind auch an andern Universitäten zu merken. So hat man es dem Professor Gumbel amtlich zum Vorwurf gemacht, daß er Unterschriften zugunsten von Ossietzky gesammelt habe! Überhaupt hat der tief bedauerliche Verlauf des Falles Gumbel erst die Basis für den Fall Breslau geschaffen.

Die republikanischen und sozialistischen Dozenten an den deutschen Hochschulen werden sich unter das kaudinische Joch willkürlich erfundener Extra-Pflichten nicht beugen. Sie werden nur die eine Pflicht anerkennen, die Wahrheit zu sagen und in voraussetzungsloser Forschung wirklich der Universität zu dienen. Dieselben Kräfte, die heute in Deutschland die akademische Freiheit vernichten wollen, haben im letzten Jahr deutlich genug gezeigt, was sie auch mit den übrigen Freiheiten des deutschen Volkes, besonders des werktätigen deutschen Volkes, machen wollen. Darum ist der breslauer Universitätsstreit ein Stück des großen, deutschen Kampfes von heute.